



# **Adliswilereien**

## **Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Sitzung vom Mittwoch, 5. Februar 2025**

**Von Wolfgang Liedtke**

Die erste Sitzung des Jahres 2025 war eine besondere. Nicht wegen der zu behandelnden Geschäfte, die versprochen eher wenig Aufregung. Aussergewöhnlich war die Dauer der Sitzung. Von Dauer kann man genau gesagt gar nicht sprechen, denn die Sitzung war nach 65 Minuten beendet. Das ist rekordverdächtig und löste bei manchen Gemeinderäten die bange Frage aus, ob es vielleicht dieses Mal nur ein halbes Sitzungsgeld geben würde. Besonders war die Sitzung auch für Kanny Muthuthamby (SP), dem zum zehnjährigen Ratsjubiläum gratuliert wurde.

#### **Fragestunde**

##### *Spenden der Sozialkommission*

Reto Buchmann (FDP) bezog sich auf eine Information über die Spende der Sozialkommission an verschiedene soziale Einrichtungen im Dezember 2024. Er wollte wissen, welcher Stadtrats- oder Gemeinderatsbeschluss bzw. welches Gesetz dieser Spendentätigkeit zu Grunde lag. Auch erkundigte er sich, ob noch weitere Behörden oder Kommissionen in Adliswil solche Spenden vergeben würden. Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) teilte mit, dass Grundlage für die Spendenvergabe der Artikel 23,6 des Geschäftsreglements der Sozialkommission sei. Sie erläuterte ausserdem, dass die städtische Spendenvergabe vor ca. 30 Jahren vom Stadtrat an die Sozialkommission übertragen worden sei. Die Sozialkommission sei die einzige Behörde in Adliswil, welche Spenden vergebe. Der Spendenbetrag sei jeweils ordentlich budgetiert.

Anschliessend wurden 35 Einbürgerungsanträge gutgeheissen.

#### **Dringliches Postulat zur Leistungsüberprüfung**

Mit einem Dringlichen Postulat wollten Gabriel Mäder (GLP), Simon Schanz (Die Mitte), Pascal Engel (EVP) und Sebastian Huber (SVP) den Stadtrat auffordern, dem Grossen Gemeinderat eine Überprüfung der städtischen Leistungen vorzulegen. Erfasst werden sollten damit alle Leistungen, die ganz oder teilweise in der Verantwortung des Parlaments liegen. Die Postulanten wollten damit ein Instrument in die Hand bekommen, mit dem sie das strukturelle Defizit im städtischen Finanzhaushalt korrigieren können. Um das Ergebnis der Überprüfung noch vor der nächsten Budgetdiskussion zu erhalten, wollten die Postulanten das Postulat als dringlich erklären lassen. Bei Dringlichkeit hätte der Stadtrat nur zwei Wochen anstatt drei Monaten Zeit für eine Stellungnahme. Nach einer Überweisung des Postulats, die dann in der kommenden Sitzung im März erfolgen könnte, müsste der Stadtrat in sechs statt zwölf Monaten die Forderung erfüllen. Für die Annahme der Dringlichkeit werden zwölf Stimmen benötigt.

Simon Schanz erläuterte das Anliegen der Postulanten mit der angespannten Finanzlage, der steigenden Nettoverschuldung der Stadt und der von der Finanzvorsteherin angekündigten Steuerfusserhöhung 2027. Daniel Frei (FW) unterstützte sowohl das Anliegen wie auch die Dringlichkeit. Wolfgang Liedtke (SP) erinnerte daran, dass Stadträtin Karin Fein in der Budgetdebatte im Dezember mitgeteilt hatte, dass ihr Ressort mit der Leistungsüberprüfung bereits begonnen habe und ein Vorstoss in dieser Sache offene Türen einrennen würde. Er unterstützte im Namen der SP das Anliegen, wollte aber vom Stadtrat den Stand der Leistungsüberprüfung erfahren, bevor er sich für die Dringlichkeit aussprach. Ein zu enges Zeitkorsett könne für eine sorgfältige Aufgabenüberprüfung auch hinderlich sein. Für die SP habe eine weitsichtige und sorgfältige Überprüfung Vorrang. Reto Buchmann (FDP) zweifelte

am Nutzen der Dringlichkeit und war der Auffassung, dass das Budget ja keine Blackbox sei, sondern der Gemeinderat die gewünschten Informationen ja selbständig ermitteln könnte. Auch seinen Änderungen an den Leistungen wegen des Systems der Globalbudgetierung in Adliswil ja nicht auf direktem Wege zu erreichen. Angela Broggin (Grüne) hielt wie die SP die Dringlichkeit für kontraproduktiv. Dem widersprach Sebastian Huber (SVP). Sechs Monate seien nicht „schnell-schnell“, sondern böten ausreichend Zeit. Die SVP unterstütze die Dringlichkeit. Der Postulant Gabriel Mäder (GLP) gab zu bedenken, dass das Postulat ja eine beschränkte Überprüfung fordere und die Arbeiten ja bereits begonnen hätten. Das Budget sei in gewisser Weise schon eine Blackbox, weil zielgerichtete Kürzungen beim Globalbudget immer schwierig seien.

Zum Schluss der Debatte ergriff die Finanzvorsteherin Karin Fein (FW) das Wort und beantwortete die Frage von Wolfgang Liedtke (SP) damit, dass die Dringlichkeit für ihr Ressort keine Rolle spielen würde, da die Arbeiten bereits weit fortgeschritten seien. Die Ergebnisse würden in absehbarer Zeit vorliegen.

Nach dieser Mitteilung wurde die Dringlichkeit mit überwältigender Mehrheit – auch von der SP-Fraktion - unterstützt.

### **Boxenstopp – Kredit für die Überführung in den Regelbetrieb**

Dieses Traktandum war für die meisten anwesenden Zuschauer das interessanteste der Sitzung, denn es waren viele Vertreter der Schulen sowie die Schulpflegerin Angelika Sulser (SP) anwesend. Beim Boxenstopp handelt es sich um ein Pilotprojekt der Adliswiler Schulen, das seit dem Schuljahr 2016/17 mit finanzieller Unterstützung des Kantons läuft. Dabei handelt es sich um ein Angebot an Jugendliche, die im regulären Unterricht nicht beschult werden können. Gründe können disziplinarische Probleme, Konflikte innerhalb der Klasse, psychische Probleme (Schutz des Schülers oder der Schülerin) und vieles mehr sein. Sie erhalten im Boxenstopp die Gelegenheit für eine begleitete Auszeit, in der sie sich sowohl mit dem Schulstoff als auch mit ihrer eigenen Situation auseinandersetzen müssen. Es ist also eine niederschwellige Möglichkeit, die betroffenen Schülerinnen und Schüler wie auch die Klasse und die Lehrpersonen zu entlasten. Ziel ist dabei die Wiedereingliederung und der langfristige Verbleib der Schülerinnen und Schüler im Klassenverband. Das Projekt ist ein Erfolg und konnte die Sonderschulquote in Adliswil, die aktuell mit 4,2 Prozent im Vergleich zu anderen Zürcher Gemeinden immer noch hoch liegt, in den vergangenen Jahren reduzieren.

Wegen des nachgewiesenen Erfolgs des Boxenstopps soll diese Einrichtung nach dem Ende des Projekts im kommenden Sommer in ein reguläres Angebot überführt werden. Dazu wurden dem Grossen Gemeinderat für die Erhöhung der kommunalen Pensen der Sekundarschule 130 Stellenprozent, das entspricht CHF 189'000 jährlich, beantragt. Sarah Tosun (Die Mitte) unterstützte in Namen ihrer Fraktion den Antrag des Stadtrates und wies darauf hin, dass Massnahmen im Rahmen der Sonderschule jährlich 66'000 bis 115'000 Franken pro Schüler kosten.

Auch Renata Vasella (SP) sprach sich für den Kredit aus:

*Heute stimmen wir über die definitive Einrichtung des Boxenstopps an der Sekundarschule ab. Das interne Time-out an der Schule bietet die Möglichkeit, schnell und unkompliziert auf Schwierigkeiten von Schüler und Schülerinnen im Schulalltag zu reagieren. Die Möglichkeit, dass die Jugendlichen in Adliswil selber eine Auszeit vom Klassenunterricht nehmen können, führt auf Seiten Klasse und Lehrperson sowie auch auf Seiten des Jugendlichen zur Entlastung der angespannten Situation. So können die Schüler und Schülerinnen individueller betreut und begleitet werden. Eine Reintegration in den Klassenunterricht soll das oberste Ziel sein.*

*Dadurch können teure externe Schulungen verhindert werden und ein regulärer Schulabschluss mit der Anschlusslösung einer Ausbildung wird wahrscheinlicher. Jeder Schul- oder Lehrabschluss hilft, Sozialhilfefälle zu verhindern.*

*Die SP findet diese frühzeitige Interventionsmöglichkeit auch im Hinblick auf später Kosten sehr sinnvoll und unterstützt den Antrag. Der mehrjährige Versuch hat die Wirksamkeit des*

*Angebots aufgezeigt. Auch im Hinblick auf den Lehrermangel ist das ein grosser Pluspunkt für die Schule Adliswil.*

Yannick Falbriard (Die Mitte) betonte neben der Kosteneinsparungen das positive Signal an die Lehrpersonen, die auf diese Weise entlastet würden. Dies sei ein starkes Statement für unsere Schulen. Pascal Welti (Grüne) erinnerte daran, dass die Beschäftigung mit den Schulen wichtig seien, weil in ihnen gesellschaftliche Entwicklungen früh erkennbar seien. In Zukunft sei auch die Unterstützung der Eltern wichtig. Für ihn sei diese Kostenvorlage eigentlich eine Sparvorlage. Heinz Melliger (FW) erinnerte an die Spardiskussionen in der Dezembersitzung. Auf den ersten Blick könne man diese Vorlage des Stadtrats als Aufblähung der Verwaltung verstehen. Das sei aber nicht der Fall. Im vergangenen Jahr hätten Sonderschulmassnahmen in Adliswil 1,2 Mio Franken gekostet.

Der Antrag des Stadtrates wurde zur Erleichterung der Zuschauer einstimmig angenommen.

### **Interpellation zur Verkehrsplanung**

Mit einer Interpellation wollten Gabriel Mäder (GLP), Julian Bachmann (EVP), Bernie Corrodi (FW) und Harry Baldegger (FW) in Erfahrung bringen, wann die Stadt die Verkehrsplanung aktualisieren will. Der gültige Verkehrsrichtplan stammt noch aus dem Jahr 1999. Allerdings bezogen sich die Fragen der Interpellanten auf Informationen, die auf der Webseite der Stadt ersichtlich sind. Darüber hinaus haben sie die Ziele eines Verkehrsrichtplans und seine Abhängigkeit von einer städtischen Gesamtplanung nicht verstanden. Die wird aktuell mit dem Raumentwicklungskonzept erarbeitet, nachdem der regionale Richtplan als Voraussetzung für die Adliswiler Planungen erst im Dezember 2023 vom Regierungsrat genehmigt worden war. Der Erstunterzeichnende Gabriel Mäder (GLP) begründete die Interpellation damit, dass in den vergangenen Jahren Hunderte neue Wohnungen entstanden seien, ohne dass ein Verkehrskonzept erstellt worden sei.

Jacqueline Schoch (Grüne) wies die Interpellanten darauf hin, dass ein Verkehrskonzept erst mit der Erarbeitung des Raumentwicklungskonzepts sinnvoll sei. Rolf Schweizer (FDP) erklärte, dass die FDP die Abhängigkeiten der verschiedenen Planungen auf kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene verstehe und das Vorgehen der Verwaltung unterstütze. Wichtig sei der FDP, dass nicht ein „Verkehrsverhinderungsplan“ entstehe.

Wolfgang Liedtke (SP) kritisierte die Interpellation mit den folgenden Worten:

*Ich bedanke mich für diese Interpellation, obwohl sie überflüssig und fehlerhaft ist. Selbstverständlich ist es in Ordnung sich zu erkundigen, ob es ein Projekt für einen Verkehrsplan gibt und ob dieser mit der revidierten Bauzonenordnung vorliegen wird. Dies hätte man aber auch in einer Fragestunde erfahren können. Darüber hinaus offenbart der Interpellationstext Unkenntnis und Bequemlichkeit. Hierzu einige Beispiele.*

*Gabriel, Du hast eben die Begriffe „Verkehrsrichtplan“ und „Verkehrskonzept“ als gleichwertig benutzt, es handelt sich aber um grundverschiedene Planungen. Unkenntnis auch, wenn das Fehlen eines kommunalen Verkehrsplans bei den Nutzungsplänen Isengrund, Sihlmatten und Rifertstrasse, die auch noch fälschlicherweise als «private Richtpläne» bezeichnet werden, kritisiert wird. Im von den Interpellanten selbst zitierten Paragraphen 31 Absatz 2 des PBG heisst es, dass Verkehrspläne mit «den kommunalen Strassen für die Groberschliessung und den Wegen von kommunaler Bedeutung» versehen sind. Ein Verkehrsplan ist also das falsche Instrument für den angesprochenen Zweck.*

*Die Interpellation offenbart Bequemlichkeit, weil die gewünschten Informationen über die Zeitpläne für das Raumentwicklungskonzept und die BZO frei zugänglich sind. Die Interpellation wurde im September eingereicht. Damals hätte ein Blick auf die städtische Webseite genügt, um eine grafische Darstellung der zeitlichen Planung zu sehen.*

*Ich habe bisher hier noch nie einen Vorstoss als unnötig kritisiert, weil ich der Meinung bin, dass man sich keine Beschränkungen dabei auferlegen soll, Fragen, Vorschläge und Forderungen an die Exekutive zu richten. Diese Interpellation ist aber tatsächlich ein Beispiel für einen Vorstoss, der – das muss ich mit Blick auf den Adliswiler Arzt Heinrich Hunziker noch loswerden – so unnötig ist wie ein Kropf.*

Daniel Frei (FW) stimmte den Ausführungen zu, meinte aber, das sei zu akademisch. Es sei wichtig, dass für die verschiedenen Nutzungspläne auch Verkehrskonzepte (er meinte offenbar Mobilitätskonzepte) erstellt werden und das hätte die Stadt versäumt.

Die Sitzung endete um 20:05 Uhr.